

Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth vom 7. bis 9. Januar 2013

ENERGIE VON MORGEN: SICHER UND BEZAHLBAR

09.01.2013

Wir gehen den Weg in ein neues Energiezeitalter. Ziel ist es, bis 2020 unsere Stromversorgung zu mehr als 35 Prozent aus Erneuerbaren Energien zu speisen. Wind, Sonne, Wasser, Biomasse und Geothermie sind die Hauptquellen unserer Energie von morgen.

Mit umfassenden energiepolitischen Gesetzen und Verordnungen hat die christlich-liberale Koalition in dieser Legislaturperiode die Energiewende gestartet. Dabei lassen wir uns von dem Zieldreieck Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit leiten. Wir sind überzeugt, dass wir diese Ziele gleichgewichtig erreichen können. Nur wenn der zum Schutz unserer Umwelt und unseres Klimas alternativlose Ausbau der Erneuerbaren Energien wirtschaftlich gestaltet wird und die erforderliche Energie zu jeder Zeit verfügbar ist, kann die Energiewende erfolgreich gelingen. Dieser Umbau unserer Energieversorgung muss durch einen europäischen Emissionshandel flankiert werden, dessen Funktionsfähigkeit sicherzustellen ist.

Damit der notwendige Ausbau der Erneuerbaren Energien gelingt, müssen die Erneuerbaren in das Gesamtsystem unserer Stromversorgung integriert werden. Wichtige regenerative Energielieferanten wie Wind und Sonne können allein nicht kontinuierlich Energie bereitstellen. Verbraucher jedoch brauchen auch Strom und Wärme, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Ein ungesteuertes Wachstum der Erneuerbaren Energien – wie von Rot-Grün gefordert und in ihrer damaligen Regierungszeit realisiert – würde unsere Energieversorgung massiv gefährden. Ungesteuertes Wachstum würde unter anderem zu Überlastung der Netze und so zwangsläufig zu Stromausfällen führen.

Auch unsere Strompreise leiden heute unter dem ungesteuerten Wachstum aus der rot-grünen Regierungszeit. Diese Regierung hat unangemessen hohe Fördersätze festgeschrieben. Das geht zu Lasten der Stromkunden, als der Haushalte und Unternehmen, die diese Überförderung bezahlen müssen. Wir dagegen haben u. a. die ungerechtfertigt hohen Förderungen bei Solaranlagen gegenüber Rot-Grün um 70 Prozent gesenkt, eingetretene Überförderungen beseitigt und dabei stets darauf geachtet, entstehende Strukturen und das Vertrauen der Investoren nicht zu gefährden.

Dem ungesteuerten energiepolitischen Chaos von Rot-Grün setzen wir ein gesteuertes Wachstum der Erneuerbaren Energien entgegen. Wir fördern nicht nur die Erneuerbaren Energien, sondern sorgen auch für den erforderlichen Ausbau der Energienetze sowie den Ausgleich der schwankenden regenerativen Stromerzeugung durch den Bau hocheffizienter konventioneller Kraftwerke und den Einsatz von regenerativen Kombikraftwerken. Damit garantieren wir Versorgungssicherheit. Außerdem entlasten wir die Verbraucher und begrenzen die Kostensteigerungen infolge der Förderung der Erneuerbaren Energien. So gelingt es uns, die beiden für die Menschen zentralen Aspekte zu verbinden: eine sichere Energieversorgung bei stabilen und sozial wie wirtschaftlich tragbaren Kosten.

Sichere Energieversorgung

Volatilität versorgungssicher machen

Beim Ausbau der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien geht es nicht nur um den Aufbau von Kapazitäten, sondern darum, diese in eine verlässliche Stromversorgung zu integrieren. Die Stromerzeugung aus Wind und Sonne schwankt. Die Ausgleichsmöglichkeiten über Leitungen und Speicherung sind begrenzt. Folglich sind Ersatzkapazitäten erforderlich, die den Strom dann liefern, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Solche Ersatzkapazitäten – vorzugsweise hocheffiziente moderne Bio- und Erdgaskraftwerke – sind im aktuellen Marktdesign nicht wirtschaftlich zu betreiben. Wir benötigen also spezielle Kapazitätsmechanismen, die die Bereitstellung solcher Ersatzkapazitäten honorieren und somit wirtschaftlich machen, damit diese wiederum die Bereitstellung von Strom aus Erneuerbaren Energien bei Bedarf ergänzen können.

Die CSU-Landesgruppe strebt eine marktorientierte, das heißt effiziente und kostengünstige Lösung des Kapazitätsproblems an, bei der die Einspeiser volatiler Energie in die Pflicht genommen werden, was sich natürlich in der Einspeisevergütung niederschlagen muss.

Die CSU-Landesgruppe schlägt vor, künftig die Erzeugung von volatiler erneuerbarer Strom an die Bereitstellung von Ersatzkapazitäten zu knüpfen. Das heißt: Jeder Betreiber eines großen Photovoltaik- oder Windparks wird verpflichtet, eine festgeschriebene Menge an abrufbarer elektrischer Leistung zu garantieren. Dies kann – ähnlich wie beim Emissionshandel - durch handelbare Zertifikate erreicht werden, über die wiederum hochmoderne Gaskraftwerke finanziert oder Biogasproduzenten zur flexiblen, ausgleichenden Einspeisung motiviert werden. Eine Entscheidung über einen solchen Kapazitätsmechanismus ist zeitnah zu treffen. Dies liegt im besonderen Interesse der Versorgungssicherheit in Bayern.

Netzgesellschaft gründen

Stromnetze stellen natürliche Monopole dar. Dies muss bei Organisation und Steuerung des Netzausbaus berücksichtigt werden. Die CSU-Landesgruppe setzt sich dafür ein, dass die Übertragungsnetze in einer unabhängigen und kapitalmarktfähigen Netzgesellschaft zusammengeführt werden. Durch die Errichtung einer solchen Gesellschaft würden die notwendigen Voraussetzungen und Strukturen dafür geschaffen, dass die Übertragungsnetzbetreiber ihre Pflicht zum Ausbau der Netze besser erfüllen können, weil sie bei Betrieb und bei Investitionen in die Stromnetze aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen heraus gemeinsam agieren müssten.

Übertragungsnetz zügig ausbauen, Verteilnetze dringend modernisieren

Wir müssen unsere Übertragungsnetze qualitativ und quantitativ ausbauen. Mit der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes und dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz haben wir die rechtlichen Grundlagen für eine Beschleunigung des Übertragungsnetzausbaus gelegt. Hier brauchen wir dringend Fortschritte. Die CSU-Landesgruppe fordert, das Bundesbedarfsplangesetz rasch umzusetzen. Wichtig ist auch, dass die im Energieleitungsausbaugesetz aufgeführten Vorhaben – wie zum Beispiel die für Bayern zentrale Thüringer Strombrücke – schnellstmöglich realisiert werden.

Strom aus Erneuerbaren Energien wird immer stärker dezentral von zahlreichen Kleinerezeugern produziert und in die Verteilnetze eingespeist. Die Verteilnetze müssen deshalb dringend modernisiert und ausgebaut werden. Verschiedene Anforderungen sind dabei zu bewältigen: Zum Beispiel müssen die Netzbetreiber eine Vielzahl von Netzanschlüssen für neue Stromerzeuger legen und darauf achten, dass ihre Netze trotz wachsender Mengen und schwankender Stromerzeugung stabil bleiben. Einen wichtigen Beitrag zur Netzstabilisierung können intelligente Verteilnetze („smart grids“) und Messsysteme – also die vernetzte Steuerung von Erzeugung, Speicherung, Verbrauch und Netzbetrieb – leisten.

Die CSU-Landesgruppe setzt sich dafür ein, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die notwendigen Investitionen in die Verteilnetze getätigt werden können. Dies muss auch bei der anstehenden Novellierung der Anreizregulierungsverordnung berücksichtigt werden. Die regulatorisch erforderlichen Maßnahmen für den flächendeckenden Einsatz von „smart grids“ und „smart meter“ sind zügig zu ergreifen und die flächendeckende Anwendung durch die Förderung von Pilotprojekten voranzubringen.

Gas als Speicher- und Leistungsausgleichsinstrument nutzen

Die Speichertechnologie Power-to-Gas hat großes Potenzial. Hierbei wird Strom aus Erneuerbaren Energien in Wasserstoff oder Methan umgewandelt. Dieses Gas kann in das deutsche Gasnetz eingespeist werden, aus dem es später zur Wärmeerzeugung entnommen, bei der Mobilität genutzt oder rückverstromt werden kann. Obwohl wir Power-to-Gas von mehreren netzspezifischen Belastungen befreit haben, ist es derzeit noch unwirtschaftlich und wird voraussichtlich erst in einigen Jahren technisch zur Speicherung großer Mengen geeignet sein. Wir setzen uns dafür ein, dass die Power-to-Gas-Technologie weiterentwickelt wird. Hierzu gehört eine intensive Forschung genauso wie die Errichtung weiterer Pilotanlagen.

Biomasse ist bereits jetzt speicherbar, dezentral und vielseitig nutzbar: als Wärme-, Strom- und Kraftstofflieferant. Zudem ist Biomasse in der Lage, fossile Energieträger teilweise zu ersetzen und zum Ausgleich der schwankenden Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien beizutragen. Bisher wird Biogas meist noch undifferenziert verstromt. Die CSU-Landesgruppe fordert, dass Biogas effektiver eingesetzt und daher vermehrt auch in das Gasnetz eingespeist wird. Dabei ist das gemeinsame Aufarbeiten und Einspeisen aus mehreren Anlagen in das Gasnetz zu fördern.

Speicherforschung intensivieren

Wir brauchen Energiespeicher, um die schwankende Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien ausgleichen zu können. Auf dem Gebiet der Speichertechnologien besteht noch erheblicher Forschungs- und Entwicklungsbedarf, den wir mit dem 6. Energieforschungsprogramm berücksichtigen. Zur weiteren Unterstützung von Speichern haben wir diese zudem von der EEG-Umlage und den Netzentgelten befreit.

Die CSU-Landesgruppe fordert, die Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Energiespeicher zu intensivieren und hierfür ausreichende Mittel aus dem Bundeshaushalt bereitzustellen. Vor allem brauchen wir dezentrale Speichertechnologien. Deshalb muss das im Entschließungsantrag der Koalitionsfraktion vom Sommer 2012 geforderte Marktanzreizprogramm für dezentrale Speicher schnellstmöglich umgesetzt werden.

Energieeffizienz neu denken

Die größten Effizienzpotenziale liegen im Wärmebereich. Die jüngste rot-grüne Blockade im Vermittlungsausschuss zur steuerlichen Gebäudesanierung hat die Opposition wieder einmal als verantwortungslose Ideologen entlarvt. Eine verlässliche, zukunftsorientierte Energiepolitik ist mit Rot-Grün nicht zu machen.

In diesem Papier unterbreiten wir Vorschläge, um den Stromverbrauch effizienter zu gestalten. In der Vergangenheit haben Rebound-Effekte immer wieder dazu geführt, dass Effizienzgewinne teilweise aufgezehrt wurden. Trotzdem ist es uns gelungen, den Stromverbrauch vom Wirtschaftswachstum zu entkoppeln. Dies muss sich fortsetzen. Der Kostendruck wirkt auf Unternehmen. Mit Energieeffizienzmaßnahmen können wir ihn zumindest teilweise kompensieren und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft unserer Unternehmen weiter steigern. Es muss uns gelingen, Energieeffizienzinvestitionen (z. B. über Abschreibungen) finanzierbar zu machen und so den Kostendruck zu steuern.

Allerdings muss die Energieeffizienz bei steigendem Anteil erneuerbarer Stromkapazitäten neu durchdacht werden: Eine auf überregionalem Ausgleich angelegte Stromversorgung wird Überkapazitäten aufweisen müssen, die bei sehr hohem Windaufkommen

und Sonnenschein zu überflüssiger elektrischer Arbeit führen, wenn sie nicht abgeregelt wird. Hier wäre es sinnvoll, regenerativen Strom z. B. über Wärmepumpen oder Wasserspeicher in Form von Wärme (power to heat) zu speichern und so – energieeffizient – fossile Brennstoffe zu sparen. Das ist effizienter als wenn Anlagen abgestellt werden und der Verbraucher den „entgangenen Strom“ bezahlt.

Die CSU-Landesgruppe setzt sich dafür ein, dass wir auf der Nachfrageseite zu einer vom Tagesverlauf abhängigen lastflexiblen Bepreisung von Strom kommen, was energieeffizientes Verhalten und Speicherung fördert. Dem stehen insbesondere die pauschalen staatlichen Belastungen des Strompreises derzeit noch entgegen.

Bezahlbare Energie

Erneuerbares-Energien-Gesetz markt- und kostenorientiert reformieren

2013 steigt die EEG-Umlage von 3,59 auf 5,277 Cent/Kilowattstunde. Eine wesentliche Ursache für diesen Anstieg ist, dass wir heute die Altlasten der zu frühen und zu hohen Förderung der Photovoltaik aus der rot-grünen Regierungszeit mitfinanzieren müssen.

Das EEG fußt auf dem erfolgreichen Stromeinspeisegesetz der Regierung Kohl. Unser Ziel ist, das EEG schnellstmöglich von einem Gesetz der ungesteuerten Förderung wieder zu einem Stromeinspeisegesetz zurück zu entwickeln, das kleinen und mittleren Produzenten verlässlich und wirtschaftlich die Stromvermarktung ermöglicht. Es wird ganz entscheidend darauf ankommen, dass nach der 20-jährigen EEG-Bindungsfrist die dann abgeschriebenen Anlagen weiter Strom verkaufen können. Nur so wird die Energiewende wirtschaftlich und damit auch sozial ein Erfolg.

Die Befreiung der energieintensiven Industrie von der EEG-Umlage ist grundsätzlich wettbewerbspolitisch geboten. Wir werden jedoch die Auswirkungen der Befreiungsregelungen für die Wirtschaft bei der EEG-Umlage aufmerksam beobachten. Die Regelungen müssen zielgenau und im Vergleich mit allen Verbrauchern gerechtfertigt sein. Sozialtarife lehnen wir ab.

Die CSU-Landesgruppe setzt sich dafür ein, dass wir eine grundlegende markt- und kostenorientierte Reform des EEG durchführen. Im Mittelpunkt steht für uns die Integration regenerativer und dezentraler Stromproduktion in eine moderne Stromversorgung. Von der Europäischen Kommission erwarten wir, dass sie auf eine Angleichung der Ausbauziele in Europa hinwirkt. Eine Harmonisierung der Förderinstrumente lehnen wir jedoch aus Subsidiaritätsgründen ab.

Berechnung der EEG-Umlage ändern

Die Marktsignale der Strombörse geben nicht die Preisrealität am Gesamtmarkt wieder. Trotz sinkender Börsenpreise steigen die Endverbraucherpreise. Eine wesentliche Ursache liegt darin, dass sich die EEG-Umlage aus der Differenz zwischen der EEG-Einspeisevergütung und dem Börsenpreis (Differenzkosten) berechnet. Das zunehmende Angebot an volatilem erneuerbarem Strom mit geringen Grenz- bzw. variablen Kosten drückt den Börsenpreis. Daraus ergibt sich, dass mehr regenerativer Strom am Markt die EEG-Umlage selbst dann erhöht, wenn für Neuanlagen die Vergütungssätze deutlich gesenkt werden. Diese Fehlentwicklung muss beseitigt werden.

Die CSU-Landesgruppe fordert, den Berechnungsmechanismus bei der EEG-Umlage so anzupassen, dass diese Berechnung die tatsächliche Verteuerung des Stroms durch die Förderung der Erneuerbaren Energien wiedergibt. Damit unterbinden wir auch ungegerechtfertigte Strompreiserhöhungen, die Energieversorger mit dem Ansteigen der EEG-Umlage begründen. Die Kosten des Ausgleiches in Form von Ersatzkapazitäten – wie von uns vorgeschlagen – leisten dabei einen ergänzenden Beitrag zur Kostentransparenz.

Belastung der Verbraucher reduzieren

Bei allen für die Energiewende notwendigen Maßnahmen sind die entstehenden Kosten für die Verbraucher von zentraler Bedeutung. Es muss uns gelingen, die Belastung für die Verbraucher so gering wie möglich zu halten. Aus Sicht der CSU-Landesgruppe könnte es dafür verschiedene Möglichkeiten geben. Es sollte geprüft werden, ob eine Reduzierung der Kosten für die Verbraucher durch eine Senkung der Besteuerung oder eine am Lebenszyklus der Anlagen ausgerichtete Streckung der EEG-Wälzung (ohne Vergütungszusagen in Frage zu stellen) zu erreichen ist.

Bürgeranleihen für Projekte der Energiewende einführen

Der Ausbau von Energienetzen und von Erneuerbaren-Energien-Anlagen kann im Wesentlichen nur auf land- und forstwirtschaftlichen Flächen erfolgen. Zu einer gesteigerten Akzeptanz notwendiger Energiewendeprojekte trägt bei, wenn der Betroffene eine angemessene Entschädigung oder die Möglichkeit erhält, sich an dem Projekt finanziell zu beteiligen.

Die CSU-Landesgruppe fordert, bei Projekten des Netzausbaus, der Energieerzeugung und -speicherung eine Bürgeranleihe einzuführen, über die sich die Bürger zu einem festen Zinssatz an der Finanzierung beteiligen können. Diese Anleihe soll vorrangig Betroffenen – zum Beispiel den Anliegern neuer Leitungen – angeboten werden. Zudem setzt sich die CSU-Landesgruppe für höhere Entschädigungen für Landwirte ein, denn diese sind gegenwärtig nicht ausreichend.